

## Region

# Am End der Welt entsteht ein Bunker

**Maggingen** Seit Mitte März wird in Maggingen gegraben. Es soll ein unterirdischer Bunker entstehen. Bauherr ist das Bundesamt für Rüstung. Doch wozu der Bunker dienen soll, bleibt vertraulich. Die Anwohnenden fühlen sich übergangen.

Hannah Frei

In Maggingen wird gebaut – und zwar nicht nur vom Bundesamt für Sport (Baspo): Armasuisse, das Bundesamt für Rüstung, gräbt auf der Parzelle zwischen der Endder-Welt-Strasse und dem Studmattenweg in die Tiefe. Dort solle unterirdisch etwas entstehen, heisst es in einem Informationsschreiben von Armasuisse an die Magglinger Bevölkerung. Was genau entsteht, sei jedoch streng vertraulich, so Armasuisse. Sie teilt der Bevölkerung lediglich mit, welche Arbeiten in welchem Zeitraum gemacht werden: Werkleitungsverlegung von März bis Mai (siehe Bild), Baugrubenaushub von Mai bis Juni, Rohbau von Juni bis November, Ausbau von Dezember bis November 2022.

Für die Anwohnenden sind diese Informationen nicht genug. Einer von ihnen ist Roland Seiler. Er wohnt etwa 150 Meter oberhalb des aktuellen Baustellenbereichs. «Wir sind besorgt und verunsichert», sagt er. Wird der Bunker die Anwohnenden tangieren? Wird es vom Neubau aus zu einer zusätzlichen Strahlenbelastung kommen? Und weshalb wird ein solcher Bunker mitten in eine Wohnzone gebaut?

Er sei sich zwar bewusst, dass es sich bei diesem Bau um ein als «vertraulich» eingestuftes Projekt handelt. Das werde grundsätzlich von der Bevölkerung auch respektiert. «Aber wir haben trotzdem ein Anrecht darauf, frühzeitig über das Vorhaben informiert zu werden. Das ist jedoch nicht geschehen», so Seiler.

### Ein normales Vorgehen bei Bauten unter Militärschutz

Laut Armasuisse-Sprecherin Jacqueline Stampfli ist das Vorgehen in Maggingen normal für solche Bauten, welche dem Bundesgesetz über den Schutz militärischer Anlagen unterstehen. Eine formelle Plangenehmigung sei nicht erforderlich, «da die vertraulichen Informationen nicht offengelegt werden dürfen». Daher seien gegen die Baufreigabe auch keine Rechtsmittel möglich. Die Gemeinde sei



Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis im November 2022 dauern. PETER SAMUEL JAGGI

### «Wir sind besorgt und verunsichert.»

Roland Seiler,  
Anwohner

durch die Projektleitung persönlich über das Vorhaben informiert worden. Für die Planung des Projekts sei der Kanton Bern sowie die betroffenen Bundesfachstellen angehört worden.

Mehr verrät Stampfli nicht über das Projekt. Dem Informationsschreiben ist jedoch zu entnehmen, dass es sich beim Bau um «Kommunikationsinfrastruktur» handelt. Zudem steht geschrieben, dass nach Abschluss der Bauarbeiten die Begründung wieder hergestellt werde.

### Informationsblatt kam mit den Baucontainern

Mit diesen Informationen gibt sich Seiler jedoch nicht zufrieden. Informiert worden sei die Magglinger Bevölkerung am Tag, als die Baucontainer aufge-

stellt wurden. Für Seiler war dies deutlich zu spät. Er ist 67 Jahre alt und wohnt seit 22 Jahren dort. So schrieb er den Projektleiter direkt an, um weitere Informationen über den Bau des Bunkers zu erhalten. Der Zuständige sei kooperativ gewesen, habe ihm und weiteren interessierten Anwohnenden ein paar Tage später einen Einblick in die Baupläne gewährt. Was genau gebaut wird, sei jedoch immer noch nicht ersichtlich gewesen.

Ein weiterer Störfaktor ist für Seiler die Verkehrsführung. Auch dort sei ungenau und zu spät informiert worden. Im ersten Informationsblatt war festgehalten, dass die Durchfahrt Studmattenweg zwischen März bis Mai teilweise eingeschränkt werde, aber einspurig befahrbar

bleibe. Dies ist jedoch aktuell nicht der Fall, wie auf dem Bild ersichtlich ist. In einem zweiten Schreiben hat sich Armasuisse dann korrigiert und festgehalten, dass die Strasse ganz gesperrt werden müsse.

Laut Seiler ist die Strasse nun seit zwei Wochen gesperrt; der Verkehr verläuft über den schmalen Schanzenweg. Diese Verkehrsführung sei längerfristig nicht tragbar, so Seiler, wird der Weg doch sowohl von Schulkindern genutzt als auch von Lastwagen passiert. Für die Anwohnenden sei es schwierig, nicht zu wissen, wie es weiter gehe, so Seiler. «Wir wollen besser informiert werden.»

Dem stimmt auch Nicole Rossier zu. Sie wohnt mit ihrer Familie etwa 50 Meter von der Baustelle entfernt. Sie rechnet

mit erheblichem Lärm in den kommenden 1,5 Jahren. An Homeoffice mag sie kaum denken, Rossier ist selbstständig, ihr Mann arbeitet auch regelmässig von zuhause aus. «Mich stört, dass wir beim Projekt gar kein Mitspracherecht hatten und nicht wussten, was auf uns zukommen wird», so Rossier. Das Verhalten von Armasuisse sei inakzeptabel und unverständlich.

### Gemeinde forderte, dass Armasuisse informiert

Auch die Gemeindepräsidentin von Leubringen-Maggingen, Madeleine Deckert, fühlte sich überrumpelt, als die Bauarbeiter im März plötzlich auftauchten. Von dem Bauvorhaben wisse die Gemeinde zwar seit letztem Herbst.

Im November habe sie Armasuisse aufgefordert, die Bevölkerung proaktiv über das Bauvorhaben zu informieren, so weit wie möglich. Im Februar sei dann klar geworden, dass die Bauarbeiten im Frühling beginnen werden. Wann genau, sei aber auch gegenüber der Gemeinde erst mit dem Baustart kommuniziert worden. «Es geht nicht, dass man die Bevölkerung nicht früher informiert hat», so Deckert. Besonders in einem Dorf wie Maggingen sei dies unerlässlich, auch wenn es sich um ein «vertrauliches» Projekt handelt.

Deckert ist aber guter Dinge, dass Armasuisse in den nächsten Wochen besser informieren werde. Die Gemeinde soll dabei als Bindeglied zwischen Bevölkerung und dem Bundesamt für Rüstung agieren. Es werde nun regelmässige Koordinations-sitzungen zwischen der Gemeinde und Armasuisse geben. Auch der Verkehr werde künftig besser geregelt, man habe mit Armasuisse ein Verkehrskonzept ausgearbeitet, das bald in Kraft treten und den Schwerverkehr von den Fussgängern trennen werde.

Am 28. April lädt Armasuisse zu einer Informationsveranstaltung für Anwohnerinnen und Anwohner. Worüber genau informiert wird und informiert werden darf, ist unklar.

## Meine Solaranlage auf deinem Dach

### Photovoltaik Hausbesitzer an potenzielle Investorinnen von Solaranlagen vermitteln: Das will die Solarregion Seeland mit einer neuen Plattform. Abgesehen hat sie es auch auf Landwirtschaftsbetriebe.

Nur rund fünf Prozent des im Seeland verbrauchten Stroms werden heute mit Photovoltaikanlagen vor Ort produziert. Die Solarregion Seeland möchte diesen Anteil markant steigern und kündigt für diesen Herbst die Aufschaltung einer neuen Vermittlungsplattform an. Die Idee: Liegenschaftsbesitzende sollen ihre Hausdächer inserieren, damit willige Investorinnen und Investoren ihre Solaranlage darauf realisieren können.

Im Mittelpunkt stehen sollen dabei vor allem grosse Dachflächen im Seeland; interessant für die Vermittlungsplattform sind deshalb vordergründig auch

Bauernhäuser, Firmengebäude, grössere Wohnhäuser oder Liegenschaften der öffentlichen Hand. Die Verantwortlichen erhoffen sich dabei laut Mitteilung eine Win-win-Situation: Die Liegenschaftsbesitzenden profitieren von den günstigen Preisen des Solarstroms, während die Investierenden den Strom teurer als zum Einspeisetarif des Energieversorgers verkaufen können.

Die Solarregion ist ein Förderprogramm des Vereins Seeland.biel/bienne, das von der Solarplattform Seeland umgesetzt wird. Diese wiederum wurde 2013 durch die Seeländer Gemeinden, die das Energiestadt-Label tragen, ins Leben gerufen; inzwischen sind über 20 Gemeinden Mitglied des Vereins, hinzu kommen Energieversorger und Unternehmen. Ziel des Förderprogramms ist es, den Solarstromanteil in der Region auf

einen national überdurchschnittlichen Level zu erhöhen. Als vielversprechende Ausgangslage gilt dabei die hohe Sonneneinstrahlung im Seeland. Gestützt auf den Solarkataster beziffert die Solarregion das Solarpotenzial in der Region auf 50 Prozent des gesamten Seeländer Stromverbrauchs. Oder anders gesagt: Heute wird nur ein winziger Teil des riesigen Potenzials ausgeschöpft.

### Im Auftrag der Stadt Biel

Die neue Vermittlungsplattform soll finanzkompetente Investoren ansprechen, darunter auch Institutionen wie Energieversorger oder die öffentliche Hand. Sie soll aber auch für jene Möglichkeiten aufzeigen, die selber über keine geeignete Liegenschaft verfügen, um auf dem eigenen Dach eine Solaranlage zu realisieren. Genau hier soll auch die Solargenossenschaft

ansetzen, welche die Solarplattform derzeit im Auftrag der Stadt Biel aufbaut.

Der Bieler Gemeinderat hat im vergangenen Dezember 79 000 Franken für den Aufbau einer Solargenossenschaft gesprochen. Die Genossenschaft soll es allen Bielerinnen und Bielern sowie den Bieler Unternehmungen ermöglichen, Anteile zu kaufen und damit Mitbesitzer einer Solaranlage zu werden. Ist genug Genossenschaftskapital beisammen, kann eine Photovoltaikanlage realisiert werden. Das Angebot wird deshalb auf den städtischen Raum ausgerichtet, weil es hier besonders viele Menschen gibt, die zwar klimabewusst sind, die aber in einem Mietverhältnis leben und deshalb nur schwerlich auf dem eigenen Dach investieren können.

Laut Bau-, Energie- und Umweltdirektorin Lena Frank (Grüne) ist es gut möglich, dass

die Genossenschaft dereinst auch auf den Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen realisieren können. Ob die Stadt nur eine Anschubfinanzierung leistet oder letztlich auch als Genossenschaftlerin auftreten wird, sei derzeit jedoch noch unklar. Die Details, die als Grundlage für solche Entscheide dienen werden, soll die mandatierte Solarplattform Seeland bis im Sommer liefern.

Klar ist, dass auch die Genossenschaft als potenzielle Investorin von der Vermittlungstätigkeit der neuen Plattform der Solarregion Seeland profitieren könnte.

### Lyss als Vorbild

Das Genossenschaftsprojekt orientiert sich an bereits bestehenden Angeboten; so gibt es etwa in Lyss in unmittelbarer Nähe eine Solargenossenschaft. Diese zählt inzwischen über 40 Genossenschaftlerinnen und

Genossenschaftler, die erste grosse Solaranlage konnte bereits im März 2019 auf dem Werkhof in Betrieb genommen werden. Sie kann jährlich 155 000 Kilowattstunden Solarstrom erzeugen. In der Zwischenzeit konnte die Genossenschaft weitere Investoren gewinnen und so genügend Genossenschaftskapital generieren, um weitere Kraftwerke zu bauen: Erst vor wenigen Tagen konnte auf dem Dach des Feuerwehrmagazins eine Anlage in Betrieb genommen werden.

Neu als Genossenschaftlerin mit dabei war diesmal auch die Energieversorgerin der Region Lyss, die Energie Seeland AG. Die Aktiengesellschaft ist Eigentum der Einwohnergemeinden Lyss, Grossaffoltern und Worben. Bereits länger Anteile an der Solargenossenschaft gekauft hatte die Gemeinde Lyss. Lino Schaeren